

Antrag 20/I/2026**OV Fürstenwalde****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgestellt****Kein Einsatz der Analysesoftware Palantir in Brandenburg – Grundrechte schützen, digitale Souveränität stärken**

1 Die SPD Brandenburg setzt sich für einheitliche, ho-
2 he rechtliche und ethische Standards beim Einsatz
3 digitaler Analyse- und Polizeisoftware ein, die den
4 Schutz der Grund- und Freiheitsrechte gewährleis-
5 ten. Dies schließt den Einsatz der Analysesoftware
6 Palantir bei den Sicherheits- und Polizeibehörden im
7 Land Brandenburg aus. Statt auf intransparente pri-
8 vatwirtschaftliche Anbieter zu setzen, sollen Polizei-
9 und Sicherheitsbehörden in Brandenburg in Zusam-
10 menarbeit mit dem Bund für mehr digitale Souve-
11 ränität in den Aufbau eigener, staatlich kontrollier-
12 ter und quelloffener IT-Lösungen investieren. Es soll
13 möglichst eine bundes- und europaeinheitliche Lö-
14 sung angestrebt werden.

15

16 Begründung

17 Der Einsatz der Analysesoftware Palantir birgt er-
18 hebliche Risiken für die Rechte und Freiheiten aller
19 Bundesbürger, insbesondere für das Recht auf infor-
20 mationelle Selbstbestimmung und das Allgemeine
21 Persönlichkeitsrecht. Grundsätzlich sind die Schritte
22 der Analysesoftware und Bewertung im Einzelnen
23 nicht nachvollziehbar. Es kann nicht ausgeschlossen
24 werden, dass durch Analysefehler der Software Pa-
25 lantir natürliche Personen diskriminiert und/oder zu
26 Unrecht einer Straftat beschuldigt werden. Es be-
27 steht das Risiko einer anlasslosen oder unverhält-
28 nismäßigen Datenverarbeitung, die zu tief in die
29 Grundrechte von uns Bürgerinnen und Bürger ein-
30 greift. Einer unverhältnismäßigen und unzulässigen
31 Massenüberwachung wird damit Tor und Tür geöff-
32 net.

33 Zudem ist Palantir ein US-amerikanisches Un-
34 ternehmen mit engen Verbindungen zu US-
35 Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten. Auf-
36 grund der weitreichenden Befugnisse amerika-
37 nischer Behörden durch die Gesetze von Cloud
38 Act und FISA (Foreign Intelligence Surveillance
39 Act) kann ein Zugriff amerikanischer Behörden
40 auf hochsensible personenbezogene Daten aus
41 polizeilichen Ermittlungen nicht ausgeschlossen
42 werden. Die Software ermöglicht die umfassende
43 Verknüpfung und Analyse großer Datenmengen

bitte überarbeiten

44 aus unterschiedlichen Quellen, die vor allem nicht
45 transparent und nachvollziehbar sind.

46 Die SPD Brandenburg steht für den Schutz der
47 Grundrechte und für eine Sicherheitspolitik, die
48 auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Vertrau-
49 en setzt. Der Einsatz von Palantir konterkariert die-
50 se Prinzipien. Anstatt millionenschwere Aufträge an
51 private Überwachungskonzerne zu vergeben, müs-
52 sen öffentliche Gelder in die Entwicklung eigener, si-
53 cherer und quelloffener Systeme investiert werden,
54 die europäische Datenschutzstandards erfüllen.

55 Der Einsatz der Analysesoftware Palantir würde zu-
56 dem rechtliche und finanzielle Risiken für das Land
57 Brandenburg bedeuten. Gegen die Anwendung von
58 Palantir wurden in einzelnen Bundesländern bereits
59 Verfassungsbeschwerden eingereicht. Damit wäre
60 auch in Brandenburg zu rechnen. Insbesondere das
61 Beispiel NRW zeigt, wie schwer die Kosten für den
62 Einsatz von Palantir beziffert werden können. Von
63 anfangs 14 Millionen stiegen die Kosten auf bis zu
64 40 Millionen an. Insbesondere in Zeiten schwieriger
65 Haushaltslagen bedarf es einer verlässlichen und
66 transparenten Kostenkontrolle. Durch die starke Ab-
67 hängigkeit, kann Palantir Preiserhöhungen vertrag-
68 lich aufdiktieren. Nach Abwägung aller Vor- und
69 Nachteile und einer eingehenden Grundrechtsab-
70 wägung kann am Ende das Ergebnis sein, die Analy-
71 sesoftware Palantir in Brandenburg nicht einzuset-
72 zen.